https://www.saechsische.de/plus/kommt-jetzt-ein-neuer-grenzuebergang-5037873.html

20.02.2019 05:54 Uhr

Kommt jetzt ein neuer Grenzübergang?

Eine Arbeitsgruppe schlägt eine Umgehung von Langburkersdorf vor. Das zuständige Ministerium will da aber nicht mitspielen.

Dort, wo es im Neustädter Ortsteil Langburkersdorf eigentlich über die Grenze nach Tschechien gehen soll, ist bis heute eine Sackgasse. Wird das nun noch Jahre so bleiben?

Wird es in den nächsten Jahren einen ganz neuen Grenzübergang nach Tschechien an der S 154 zwischen Neustadt und Sebnitz geben? Diese Idee hat Neustadts Bürgermeister Peter Mühle (Neustädter für Neustadt) ins Spiel gebracht und bekräftigt sie nun im Zusammenhang mit einer neuen Arbeitsgruppe, die die beiden Nachbarstädte gebildet haben.

Was hat es mit der neuen Arbeitsgruppe auf sich?
Der Neustädter Bürgermeister Peter Mühle (NfN) und der Oberbürgermeister der Stadt Sebnitz, Mike Ruckh (CDU) sowie je drei Stadträte gehören der Arbeitsgruppe an. Ziel ist es, für die beiden Kommunen den Status eines kooperierenden Mittelzentrums zu erreichen, um dadurch höhere finanzielle Fördermöglichkeiten ausschöpfen zu können. Derzeit sind beide Städte als wenig attraktive „Grundzentren“ eingestuft. Bei einem ersten Treffen haben

die Bürgermeister und Stadträte mehrere Projekte diskutiert, die sie gemeinsam starten möchten. Dazu gehört auch der Grenzübergang Langburkersdorf.

Was wünscht sich Neustadt für den Grenzübergang?
Zur unendlichen Geschichte des Grenzübergangs, der seit Anfang der 1990er-Jahre im Gespräch ist, gibt es nun ganz neue Töne von Neustadts Bürgermeister Peter Mühle (NfN): „Die alten Pläne, den fußläufigen Grenzübergang Langburkersdorf für Pkw, Busse und Lkw auf der S 159 nach Lobendava auszuweiten, sind vom Tisch“, sagt er. „Stattdessen überlegen wir nun, die S154 auszubauen, auch mit sogenannten Schleichspuren für Laster. Mit einer Umgehungsstraße um Langburkersdorf herum könnten wir einen ganz neuen Grenzübergang schaffen.“ Er will die Langburkersdorfer vor zusätzlichem Autoverkehr schützen. Mühle schränkt allerdings gleich ein: „Das ist alles noch nicht spruchreif. Wir lassen diese Pläne erst einmal vom zuständigen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit prüfen. Es kann 10 bis 15 Jahre dauern, bis etwas konkretes passiert.“

Wie steht der Freistaat Sachsen zu der Idee aus Neustadt?
Die Antwort aus dem Sächsischen Wirtschaftsministerium fällt eindeutig aus. „Für einen neuen Staatsstraßengrenzübergang an der S154 zwischen Neustadt und Sebnitz durch unzerschnittenes Waldgebiet und bislang ohne Einbeziehung der tschechischen Seite besteht auch aufgrund der räumlichen Nähe zu Sebnitz keine Rechtfertigung“, antwortet Ministeriumssprecher Marco Henkel auf eine SZ-Anfrage zu dem Thema. Der Freistaat Sachsen möchte stattdessen weiter die Planungen für einen Grenzübergang an der S159 durch Langburkersdorf vorantreiben.
„Es wurden bereits mehrere Trassen untersucht, auch ein Neubau oder eine Ortsumfahrung für Langburkersdorf“, erklärt der Ministeriumssprecher. „Als klare Vorzugslösung ging daraus der Ausbau der bestehenden S159 hervor. Für eine Verlegung der Staatsstraße sieht der Freistaat keine Planrechtfertigung“.
Das ist eine klare Absage an die Wünsche aus Neustadt und Sebnitz. Marco Henkel lenkt aber ganz sanft ein: „Davon unabhängig besteht natürlich die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene einen neuen Grenzübergang als Gemeindestraße weiter zu planen“. Dafür müssten aber unter anderem die tschechische Nachbarregion, die Polizei und der Landkreis mit Verkehrsbehörde, sowie die untere Naturschutzbehörde befragt werden.

Warum ist aus dem Grenzübergang bis jetzt nichts geworden?
Bereits seit der Wende ist die Staatsstraße S159 über den Raupenberg in Langburkersdorf im Gespräch für einen Fahrzeug- Grenzübergang zur Tschechischen Republik. Der Landeshauptmann von Usti nad Labem, Oldrich Bubenicek, hatte bei seinem Besuch auch vorgeschlagen, sich für eine Tonnagenbegrenzung von 7,5 Tonnen für Lkw einsetzten, um die Belastung für die Langburkersdorfer zu begrenzen.
„Ein Ausbau der öffentlichen Infrastruktur durch den Grenzübergang an der S 159 ist ein Plus für die Bewohner auf beiden Seiten“, erklärte er. Man solle sich auch vergegenwärtigen, dass es nicht um den Bau einer Autobahn gehe, sondern nur um eine kleine Straße, die vor allem den Einwohnern vor Ort und dem Tourismus helfen soll.
Neustadts Bürgermeister Peter Mühle (NfN) betonte damals, es bestünde Einigkeit darüber, dass Neustadt gerne einen Grenzübergang hätte. Nur eben nicht durch Langburkersdorf hindurch. Mühle deckt seinen Bürgern seit 2007 den Rücken, denn sie befürchten Dreck, Lärm und Kriminalität durch den motorisierten Grenzverkehr. Derzeit dürfen nur Fußgänger und Radfahrer über Langburkersdorf ins Nachbarland, nicht aber Autos.

Zuletzt hatte die Strategiekommission für Sachsens öffentlichen Personennahverkehr eine länderübergreifende Buslinie über einen Grenzübergang Langburkersdorf vorgeschlagen und wollte diese Pläne bis 2023 umsetzen. Davon ist derzeit gar keine Rede mehr.

Wie geht es mit dem Vorhaben weiter?

Der Freistaat Sachsen hat die Planungen für den Grenzübergang an der S159 seit dem Jahr 2014 zurückgestellt – wegen der ablehnenden Haltung der Stadt Neustadt. „Dennoch besteht auch von der tschechischen Seite her großes Interesse an diesem Grenzübergang“, betont Marco Henkel. Sachsens Verkehrsminister Martin Dulig (SPD) hatte am 15. August 2018 in einem Schreiben an den tschechischen Verkehrsminister zugesagt, die Wiederaufnahme der Planungen zur S159 zu prüfen.

Im vergangenen Oldrich Bubenicek gemeinsam mit Vertretern des sächsischen Wirtschaftsministeriums Neustadts Bürgermeister Peter Mühle besucht. Damals hatte dieser sich bereit erklärt, das Vorhaben erneut zur Diskussion in den Stadtrat einzubringen – wenn ein neuer Sachstand vorliegt.

Um eine Stadtratsvorlage vorzubereiten, haben das Ministerium und der Bezirk Usti unter anderem eine Verkehrszählung und eine Verkehrsprognose beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr beauftragt.

Darin soll untersucht werden, wie viele Autos und Laster auf der S159 fahren und wie viele den Grenzübergang künftig nutzen könnten, um festzustellen, ob sich ein Übergang an dieser Stelle überhaupt lohnt und wie hoch die Belastung für die Anwohner werden könnte.

Das Ergebnis soll bis Anfang April vorliegen und an die Stadt Neustadt weitergeleitet werden. „Dann planen wir weiter“, sagt Henkel, „auch unabhängig davon.“